

Deutschland-Wilhelmshaven: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
OJ S 17/2023 24/01/2023
Wettbewerbsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Deutsches Marinemuseum
Postanschrift: Südstrand 125
Ort: Wilhelmshaven
NUTS-Code: DE945 Wilhelmshaven, Kreisfreie Stadt
Land: Deutschland
E-Mail: vergabe@comp-ar.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.marinemuseum.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YBE6B5U/documents>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YBE6B5U>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: compar -strategien für architektur und städtebau-
Postanschrift: Kaiserstraße 55
Ort: Dortmund
NUTS-Code: DEA52 Dortmund, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 44315
Land: Deutschland
E-Mail: vergabe@comp-ar.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.comp-ar.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Stiftung Deutsches Marinemuseum

I.5. Haupttätigkeit(en)

Freizeit, Kultur und Religion

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Bauliche Erweiterung Deutsches Marinemuseum Wilhelmshaven

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.2. Beschreibung

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Das Deutsche Marinemuseum wurde 1998 am Verbindungshafen Wilhelmshaven in einem 1888 errichteten historischen Werftgebäude eröffnet, das zum ehemaligen Torpedohafen gehörte. Der zwischen 1996 und 1998 kernsanierte Bau wurde 1999/2000 und 2009/10 um Anbauten erweitert.

Das Museumsangebot wird aktuell im denkmalgeschützten Gebäude, den Außenanlagen und den Schiffen abgebildet. Die Besucherführung ist nicht optimal gelöst und die Fläche für ein zukunftsfähiges Museums- und Ausstellungsangebot ist nicht ausreichend.

Um auch in Zukunft die vielfältigen Aufgaben von Museen gemäß den von ICOM und DMB formulierten Standards für Museen wahrnehmen zu können, plant das Museum eine Erweiterung und Neuausrichtung. Diese ist in mehrere Teilprojekte aufgeteilt und umfasst die Sanierung der Uferbefestigungen einschließlich Landgewinnung für einen Erweiterungsbau (sog. Teilprojekt 1), die Neuordnung des Freigeländes und der Anlegesituation für die Museumsschiffe nebst Errichtung eines Erweiterungsbaus zur Flächengewinnung für Sonderausstellungen und Veranstaltungen und Neukonzeption der aus dem Jahr 2010 stammenden Dauerausstellung (sog. Teilprojekt 2), sowie die Errichtung eines Depotneubaus (sog. Teilprojekt 4/ nicht auf dem Museumsgelände).

Der Wettbewerb beschäftigt sich mit dem so genannten Teilprojekt 2. Dazu sollen im Bestandsgebäude (Erdgeschoss) Umplanungen erfolgen, die in Verbindung mit dem Erweiterungsbau ein verbessertes Angebot und eine optimierte Besucherführung ermöglichen:

- Errichtung eines Erweiterungsbaus zur Flächengewinnung für Sonderausstellungen und Veranstaltungen
- bauliche Umstrukturierung und Erweiterung der Flächen für die Dauerausstellung zur Verbesserung der Abläufe des Museumsbetriebes, ggf. unter Optimierung der Eingangssituation

Es ist beabsichtigt, eine(n) der Preisträger(innen) im Rahmen der weiteren Bearbeitung gemäß

- HOAI § 34 (Gebäude und Innenräume) Leistungsphasen 1 - 9

und

- HOAI § 39 (Freianlagen) Leistungsphase 1 - 9

zu beauftragen, soweit und sobald die dem Wettbewerb zugrunde liegende Aufgabe verwirklicht wird. Der Auftraggeber behält sich eine bauabschnittsweise und stufenweise Beauftragung vor.

Aufgrund des zwingend erforderlichen Zusammenspiels der wesentlichen Ausstellungs- und Nutzungsbereiche der Gebäude und Freianlagen (insbesondere bei der Verortung der Großexponate in den Freianlagen, der Wegeführung und Abwicklung der Besucherströme und der Verortung der Erweiterungsgebäude auf dem Museumsgelände, zudem aber auch der Inbezugsetzung der Erweiterungsbauten, des Freigeländes und der Großexponate zu einander sowie der Wahrnehmung und Nutzung des Museums als funktionale Einheit) ist eine enge Verknüpfung der Leistungsbereiche bereits zu Beginn der Vorentwurfsplanung im Wettbewerb zwingend erforderlich. Daher ist die gemeinsame, verbindende Ausschreibung der beiden Leistungsbilder sowie eine frühzeitige integrale Planung für den Projekterfolg

notwendige Voraussetzung. Die schon im Wettbewerbsentwurf erforderliche Koordination und Abstimmung bereits bei der Entwurfsidee können bei getrennter Vergabe nicht geleistet werden.

Voraussichtliche Terminschiene für den Wettbewerb:

Versand der Auslobungsunterlage: 15. KW 2023

Rückfragenkolloquium: 17. KW 2023

Bearbeitungszeit ab Versand der Auslobungsunterlage: ca. 12 Wochen

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.10. Kriterien für die Auswahl der Teilnehmer

1) Berufszulassung (mit dem Teilnahmeantrag mittels Dritterklärung vorzulegen):

Bescheinigung der Berufszulassung bzw. der beruflichen Befähigung (soweit nicht durch Berufszulassung bereits erbracht) des/der zuständigen Inhaber(in) / Geschäftsführer(in) des Bewerbers [Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung Architekt(in) oder vergleichbar, kann auch durch eine(n) bevollmächtigte(n) Mitarbeiter(in) nachgewiesen werden];

2) wirtschaftliche Verknüpfung (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung des Bewerbers ob und auf welche Art er wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft ist, und ob und

auf welche Art er auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeitet (bei Bewerbergemeinschaften: Bewerbergemeinschaftserklärung gem. § 43 (1) VgV mit Benennung des/der bevollmächtigten Vertreter(in) (von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft unterschrieben einzureichen) bzw. Benennung der vorgesehenen Nachunternehmer gem. § 47 (1) VgV mit Angabe der betreffenden Nachunternehmerleistungen sowie Verpflichtungserklärungen der Nachunternehmer (unterschrieben einzureichen));

3) Handelsregisterauszug (mit dem Teilnahmeantrag mittels Dritterklärung vorzulegen): aktueller Auszug aus dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes, soweit die Eintragung in das Register nach den gesetzlichen Bestimmungen des Mitgliedstaates, in dem der Bewerber seinen Sitz hat, vorgeschrieben ist (bei juristischen Personen) gem. § 44 (1) VgV;

4) Ausschlussgründe (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung des Bewerbers, dass keiner der Ausschlussgründe des § 123 (1) Ziff. 1-10, (4) Ziff. 1 und 2 GWB und 124 (1) Ziff. 1-9 GWB sowie keine Interessen gem. § 73 (3) VgV bestehen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Richtigkeit der Eigenerklärung des Bewerbers durch Einholung einer Bescheinigung gem. § 48 (4), (5) VgV zu überprüfen.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Richtigkeit vom Bewerber mit dem Teilnahmeantrag zum Nachweis der Eignung eingereichter Eigenerklärungen durch beim Bewerber mit gesondertem Schreiben unter Fristsetzung erfolgende Abforderung der entsprechenden, jeweiligen gültigen Bescheinigungen zu überprüfen;

5) Hinweis: Für eine Beauftragung ist es erforderlich, dass eine Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen in Höhe von 1.500.000 Euro für Personenschäden sowie 1.500.000 Euro für Sach- und Vermögensschäden vorliegt. Diese kann im Auftragsfall auch als

Projektversicherung abgeschlossen werden, im Teilnahmewettbewerb ist kein Nachweis diesbezüglich zu erbringen,

6) Referenzprojekte zum Nachweis der Erfüllung der folgenden Mindestanforderungen A und B:

Es werden jeweils Referenzprojekte gewertet, welche die jeweiligen Kriterien vollumfänglich erfüllen:

A) Leistungsbereich: Gebäudeplanung,

Projektart: Neubau / Erweiterung / Umbau / Sanierung,

Gebäudetyp: Gebäude mit Veranstaltungs- oder Ausstellungsfläche,

Leistungsumfang: es müssen mind. die Leistungsphasen 2 - 8 gem. HOAI § 34 (HOAI 2021 bzw. vergleichbarer Regelung) beauftragt worden sein, Bearbeitungsstand: erfolgter

Abschluss der Leistungsphase 8 im Jahr

2016 oder später (der Abschluss der Leistungsphase 8 muss bis zum Fristablauf für den Eingang der Teilnahmeanträge erfolgt sein).

B) Leistungsbereich: Gebäudeplanung,

Projektart: Neubau / Erweiterung / Umbau / Sanierung,

Komplexität / Besonderheit: für einen öffentlichen Auftraggeber oder ein mit öffentlichen Mitteln gefördertes Projekt,

Leistungsumfang: es müssen mind. die Leistungsphasen 2 - 8 gem. HOAI § 34 (HOAI 2021 bzw. vergleichbarer Regelung) beauftragt worden sein, Bearbeitungsstand: erfolgter

Abschluss der Leistungsphase 8 im Jahr 2016 oder später (der Abschluss der Leistungsphase 8 muss bis zum Fristablauf für den Eingang der Teilnahmeanträge erfolgt sein).

(Sofern alle Anforderungen vollumfänglich erfüllt sind, können die Mindestanforderungen A und B auch durch dasselbe Referenzprojekt nachgewiesen werden)

Die Entscheidung über die Auswahl der weiteren 10 Bewerber, die aufgefordert werden, am Wettbewerb weiter teilzunehmen, erfolgt dreistufig.

1) Es wird geprüft, ob die o. g. geforderten Eignungsnachweise (Kriterien für die Auswahl der Teilnehmer) vollständig vorliegen. Das Fehlen eines geforderten Nachweises kann zum Ausschluss führen.

2) Im Rahmen der zweiten Stufe wird die grundsätzliche Eignung des Bewerbers anhand der geforderten Nachweise inhaltlich überprüft.

3) Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Eignungsanforderungen, so kann die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden, um die im begrenzten Wettbewerb mit 15 benannte Teilnehmerzahl (inkl. 5 gesetzter Teilnehmer) nicht zu überschreiten. Die Auslosung findet unter notarieller Aufsicht statt. Es wird zusätzlich eine entsprechende Anzahl Nachrücker gelost.

Die Teilnehmer an den Verhandlungsgesprächen ergeben sich aus dem Ergebnis des Wettbewerbs; es ist beabsichtigt mit allen Preisträgern des Wettbewerbs zu verhandeln.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Teilnahme ist einem bestimmten Berufsstand vorbehalten: ja/Beruf angeben:

a) natürliche Personen, die gemäß der Rechtsvorschrift ihres Heimatlandes am Tage der Bekanntmachung zur Führung der Berufsbezeichnung Architekt(in) (oder bauvorlageberechtigte(r) Ingenieur(in)) berechtigt sind. Ist in dem jeweiligen Heimatland, die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen, wer über

- ein Diplom, Prüfzeugnis oder sonstige Befähigungsnachweise verfügt, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (EG-Hochschuldiplomrichtlinie) gewährleistet ist;
- b) Juristische Personen, zu deren satzungsgemäßem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Fach- / Planungsleistungen gehören, sofern eine(r) der Gesellschafter(innen) oder ein(e) bevollmächtigte(r) Vertreter(in) der juristischen Person die an natürliche Personen gestellten Anforderungen erfüllt;
- c) Bewerbergemeinschaften, bei denen ein Mitglied die Anforderungen erfüllt, die an natürliche oder juristische Personen gestellt werden

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.2. Art des Wettbewerbs

NichtoffenAnzahl der in Erwägung gezogenen Teilnehmer: 15

IV.1.7. Namen der bereits ausgewählten Teilnehmer

ahrens grabenhorst architekten stadtplaner PartGmbH (NU: nsp landschaftsarchitekten stadtplaner PartGmbH)Andreas Heller Architects & Designers - Studio Andreas Heller GmbH (NU: Bruun & Möllers GmbH & Co. KG)GG/A - Griesemann & Griesemann Dipl.-Ing. Architekten BDA (NU: RABE Landschaften)Springer Architekten Gesellschaft mbH mit Rehwaldt LandschaftsarchitektenAnderhalten Architekten GmbH (NU: KUULA Landschaftsarchitekten)

IV.1.9. Kriterien für die Bewertung der Projekte

- Idee/Gesamtkonzept: Gestaltung, Gebäude- und Freiraumkonzept [Raumqualitäten, innere und äußere Erschließung];
- Umsetzung der Aufgabe (Planungsvorgaben, funktionale Anforderungen, Flexibilität, etc.);
- Einfügung in die städtebaulichen Rahmenbedingungen und die Grundstückssituation;
- Einhaltung planungs- und baurechtlicher Bestimmungen sowie Umgang mit dem Denkmalschutz;
- Wirtschaftlichkeit / Nachhaltigkeit.

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Projekte oder Teilnahmeanträge

Tag: 21/02/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Tag der Absendung der Aufforderungen zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Projekte erstellt oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Deutsch

IV.3. Preise und Preisgericht

IV.3.1. Angaben zu Preisen

Es werden ein oder mehrere Preise vergeben: jaAnzahl und Höhe der zu vergebenden Preise:
Es stehen Preisgelder in Höhe von 36.600,00 EUR / brutto zur Verfügung. Die Staffelung der Preise ist wie folgt vorgesehen:

1. Preis 18.300,00 EUR / brutto,
2. Preis 10.980,00 EUR / brutto,

3. Preis 7.320,00 EUR / brutto.

Die Wettbewerbssumme wird nach Entscheidung des Preisgerichts unter Ausschluss des Rechtsweges zugeteilt. Eine Änderung der Anzahl und Höhe der Preise bzw. Preise und Anerkennungen ist unter Ausschöpfung der gesamten Summe bei entsprechendem Beschluss des Preisgerichts möglich.

IV.3.2. Angaben zu Zahlungen an alle Teilnehmer

IV.3.3. Folgeaufträge

Ein Dienstleistungsauftrag infolge des Wettbewerbs wird an den/die Gewinner des Wettbewerbs vergeben: ja

IV.3.4. Entscheidung des Preisgerichts

Die Entscheidung des Preisgerichts ist für den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber bindend: ja

IV.3.5. Namen der ausgewählten Preisrichter

Prof. Dr.-Ing. Volker Droste (Architekt, Oldenburg) Thomas Knüvener (Architekt und Landschaftsarchitekt, Köln) Gesa von Grote (Architektin und Szenografin, Berlin) Gert Leissing (Präsident des Niedersächsischen Landesamtes für Bau und Liegenschaften, Hannover) Niksa Marusic (Stadtbaurat, Wilhelmshaven) Dr. Stephan Huck (Museumsleiter, Deutsches Marinemuseum, Wilhelmshaven) Prof. Dr. Michael Epkenhans (Präsident des Kuratoriums der Stiftung Deutsches Marinemuseum, Wilhelmshaven) Prof. Dr. Rolf Wiese (Vorsitzender des Museumsverbandes Niedersachsen/Bremen) Fregattenkapitän Dr. Leonie Hieck (Wiss. Mitarbeiterin im Referat Museums- und Sammlungswesen, Potsdam) zzgl. stellvertretender Fach- und Sachpreisrichter

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

Der Bewerberbogen ist vor Abgabe des Teilnahmeantrags zwingend über das Deutsche Vergabeportal (www.dtv.de) herunterzuladen.

Die Weitergabe der Ausschreibungsunterlagen an Dritte sowie die gewerbliche Nutzung der Ausschreibungsunterlagen außerhalb dieses Verfahrens sind nicht gestattet.

Der Bewerberbogen ist an den dazu vorgesehenen Stellen durch die jeweils entsprechend bevollmächtigte Person zu unterzeichnen und als eingescannte Datei (im pdf-Format) hochzuladen. Der Bewerber / der Bevollmächtigte der Bewerbergemeinschaft bestätigt durch seine Unterschrift die Richtigkeit aller Angaben im Teilnahmeantrag.

Die geforderten Mindestanforderungen/Mindestbedingungen sind durch den Bewerber/Bieter bzw. Nachunternehmer zu erfüllen. Sofern die Mindestanforderungen/Mindestbedingungen durch den Nachunternehmer erfüllt werden, ist der Bewerberbogen (inkl. der geforderten Anlagen) auch vom Nachunternehmer vollständig auszufüllen und unterschrieben einzureichen.

Sofern die Freianlagenplanung durch einen Nachunternehmer erbracht werden soll, muss dieser mit dem Teilnahmeantrag noch nicht benannt werden. Nach Abschluss des Auswahlverfahrens, vor Start des Wettbewerbs ist von den Teilnehmern am Wettbewerb jedoch zu benennen, wer die Leistungen der Freianlagenplanung im Rahmen des Wettbewerbs sowie im Fall einer Beauftragung erbringen soll.

Nach Möglichkeit sind alle Anlagen zum Bewerberbogen in einer Datei (pdf-Format) hochzuladen.

Bei fremdsprachigen Dokumenten ist zusätzlich eine beglaubigte Übersetzung in die Verfahrenssprache (deutsch) beizufügen.

Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag auf das Erstangebot zu erteilen.

Auskünfte über die Teilnahmeunterlagen sind spätestens 7 Kalendertage vor dem Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge ausschließlich über die Kommunikationsfunktion des Vergabeportals zu beantragen.

Es wird darauf hingewiesen, dass zur ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) bieterbezogene unternehmens- und personenbezogene Daten sowohl durch das unter Ziff. I dieser Bekanntmachung angeführte verfahrensbetreuende Büro als auch den dort genannten öffentlichen Auftraggeber erhoben, gespeichert und verarbeitet werden, um den vergaberechtlichen Vorgaben zur Bewerber- und Bieterbeteiligung und -information sowie Wertung etc. nachzukommen. Diese Daten werden während der Dauer der Verfahrensdurchführung sowie der für die Vergabe- und Vertragsakten bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfristen verarbeitet und gespeichert. Der Erhebung, Verarbeitung und Speicherung dieser Daten kann widersprochen werden. Dies führt jedoch dazu, dass eine Einhaltung der vergaberechtlichen Verpflichtungen, u.a. im Hinblick auf Information während des Verfahrens nicht mehr sichergestellt werden kann und damit die Beteiligung und Wertbarkeit infrage gestellt wird. Es besteht nach den Bestimmungen der DSGVO ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Widerspruch und auf Datenübertragbarkeit gegenüber dem betreuenden Büro und dem öffentlichen Auftraggeber, ebenso ein Beschwerderecht gegenüber der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YBE6B5U

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes

Postanschrift: Villemombler Straße 76

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Einlegung von Rechtsbehelfen richtet sich nach den §§ 160 ff. GWB. Die Fristen insbesondere des § 160 Abs. 3 GWB sind zu beachten. Ein Antrag auf Nachprüfung ist u.a. gem. § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB unzulässig, wenn er nicht innerhalb einer Frist von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, erhoben wird.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

19/01/2023